

DOKUMENTATION

Vielfalt vereinen

26.09.2015 RBZ Steinburg

Veranstalter: Kreis Steinburg

Fotos: Antje Hachenberg, Petra Luther, Petra Kreie, D.Haeberlein, R.Paustian

Bearbeitung: Petra Luther, D.Haeberlein, C.Roeder

UN-Behindertenrechtskonvention

Vielfalt vereinen

Samstag, 26. September 2015
10.00 – 16.30 Uhr
Regionales Berufsbildungszentrum (RBZ)
Steinburg



Worum geht es uns?

Alle Menschen haben gleiche Rechte.

Menschenrechte sind nicht teilbar.

In der UN-Behindertenrechtskonvention geht es um Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen. An allen Bereichen des Lebens müssen Menschen mit und ohne Behinderungen in gleicher Weise teilhaben können. Dabei sind Bildung und Beruf ebenso wichtig wie ein aktives politisches und kulturelles Leben. Das Ziel ist ein barrierefreier Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und ein selbst bestimmter Platz in der Gemeinschaft für alle Bürgerinnen und Bürger.



Welche Reiseziele gab es?

Erwerbsarbeit und
Einkommen, Arbeit
und Beschäftigung

Wohnen
und
Wohnumfeld

Pflege

Sicherheit

Gesundheit

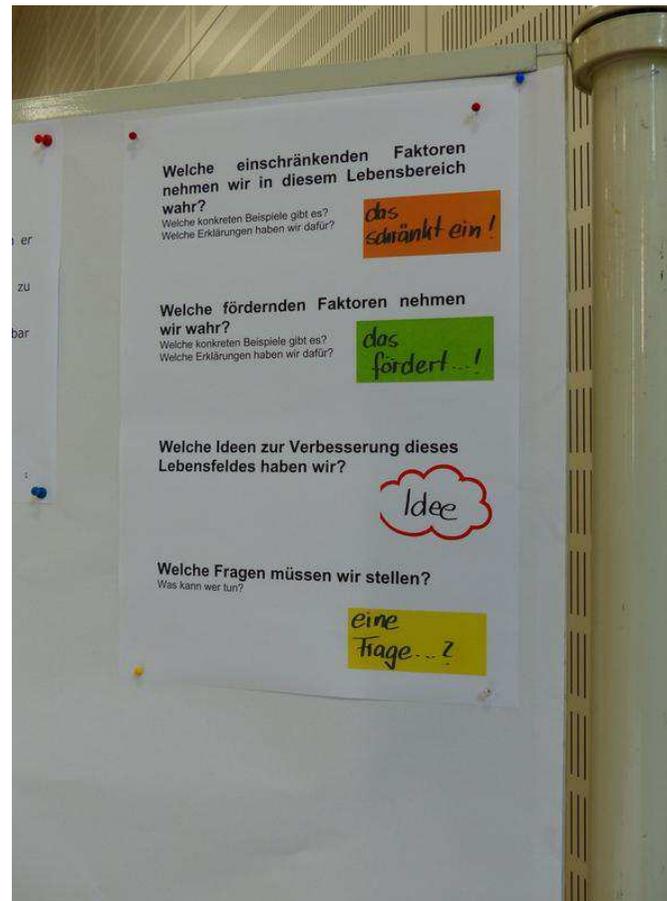
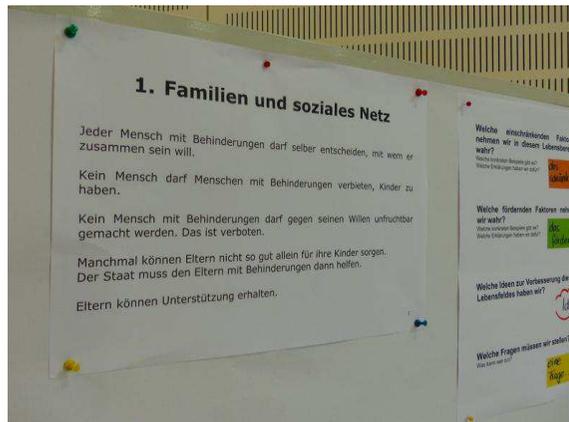
Mobilität

Bildung /
Ausbildung

Freizeit, Kultur
und Sport

Politik,
Öffentlichkeitsarbeit,
Beteiligung

Familie und
soziales Netz



Die 10 Lebensbereiche –
Reiseziele –
wurden von den
Teilnehmenden
sehr gut angenommen.
Auch Schüler des RBZ
beteiligten sich rege an den
verschiedenen Gruppen.

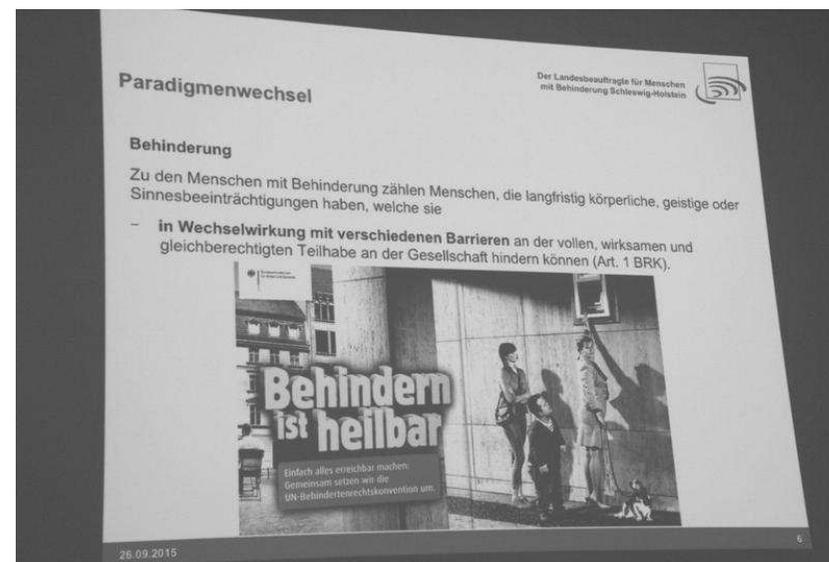
Zu der Auftaktveranstaltung kamen ca. 150 Menschen aus dem gesamten Kreisgebiet. Menschen mit den unterschiedlichsten Handicaps, Angehörige, professionell oder ehrenamtlich mit dem Thema befasste, interessierte Schülerinnen und Schüler.

Einleitend begrüßten Frau Böttcher-Naudiet und der Landrat; Herr Wendt, die Anwesenden. Anschließend stimmte Herr Haerberlein in seiner Rede die Teilnehmer auf die Veranstaltung ein.



Vor Beginn der interaktiven Phase – moderiert von Yvonne Vockerodt und Carsten Roeder – hielt der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, einen kurzweiligen, anschaulichen Vortrag über die juristischen Grundlagen der UN-BRK, der sehr gut bei allen beteiligten ankam.

Was war Ziel der Veranstaltung? Gemeinsam sollte geklärt werden, welche Aspekte der Behindertenrechtskonvention im Kreis Steinburg bereits berücksichtigt sind und was noch verbessert werden könnte. Kurz gefasst: Was haben wir schon? Was brauchen wir noch?



In immer wieder neu zusammengesetzten kleinen Gruppen wurden hemmende und fördernde Bedingungen allgemein oder auch speziell im Kreis Steinburg gesammelt und notiert.

Verbesserungsideen wurden entwickelt oder einfach nur Fragen in den Raum geworfen. Viele Spontane Gespräche ergaben sich, die dann in der Mittagspause lebhaft fortgesetzt wurden. Die Ergebnisse werden in der vorbereitenden Arbeitsgruppe gesichtet, gewichtet und einer gesonderten Darstellung vorgestellt. Die Gesamtliste aller genannten Aspekte befindet sich im Anhang.



Danach folgte die erste Auswertungsphase, zu der sich alle wieder im großen Saal einfanden. Herr Haerberlein war insgesamt mit der Veranstaltung sehr zufrieden und freute sich über das große positive Feedback, dass er von vielen Teilnehmern erhalten hatte. „Der Anfang ist gemacht, jetzt werden wir gemeinsam weitermachen“, betonte er am Ende der Veranstaltung.



Dies ist noch nicht das Ende. Die Auswertung wird fortgesetzt in einer Arbeitsgruppe, die auch schon mit der Vorbereitung und Organisation der Auftaktveranstaltung befasst war. Die Zusammenfassung der Ergebnisse wird dann dem Ausschuss für Soziales , Familie und Gesundheit und anschließend dem Kreistag vorgelegt.



Der bunte Knoten der Projektwerkstatt Inklusion findet sich überall. Es geht um ein gleichberechtigtes Miteinander-Verbunden-Sein. Frei nach dem Motto: „Nur gemeinsam sind wir stark.“ An diesem Veranstaltungstag zogen alle an einem Strang.

Einführung des Beauftragten des Kreises Steinburg für Menschen mit Behinderung, Dietrich Haerberlein

AUFTAKTVERANSTALTUNG
zur
UN-Behindertenrechtskonvention
26.9.2015



Sehr geehrter Herr Landrat, Sehr geehrter Herr Dr. Hase, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter

Als der Beauftragte des Kreises Steinburg für Menschen mit Behinderung darf ich Sie heute im Regionalen Berufsbildungszentrum ganz herzlich willkommen heißen,.

Dies tue ich auch im Namen des gesamten Vorbereitungsteams. Dem Flyer können Sie entnehmen, wer diesem Team angehört. Leider ist hier die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände, vertreten hauptsächlich durch Karl-Friedrich Steltmann, vergessen worden. Hierfür entschuldige ich mich. Darüber hinaus waren viele weitere Menschen in die Vorbereitung dieser Veranstaltung eingebunden. Schon jetzt möchte ich hier ein herzliches danke sagen.

Ich bin sehr froh, dass so viele Menschen heute den Weg hierher gefunden haben, geht es doch um etwas sehr Wichtiges, etwas, was nicht nur die Menschen im Kreis Steinburg, sondern alle Menschen in diesem Land betrifft.

Es geht um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Die hohe Wichtigkeit dieses Themas wird klar, wenn man erfährt, dass die Bundesregierung in ihrem nationalen Aktionsplan von einem Prozess spricht, von einem „Prozess, der in den kommenden zehn Jahren nicht nur das Leben von Menschen mit Behinderungen

maßgeblich beeinflussen wird, sondern das aller Menschen in Deutschland.“ In diesem Zusammenhang wird auch von einer Veränderung der Alltagskultur gesprochen.

Ausgangspunkt aller Überlegungen ist zunächst die aus dem Jahr 2006 stammende und 2009 von der Bundesrepublik unterzeichnete UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK in Fachkreisen genannt, von Außenstehenden oft falsch verstanden.

Es geht hier nicht um Geld, um finanzielle Forderungen, um eine Besserstellung von Menschen mit Behinderung im Vergleich zu Menschen ohne Behinderung.

Es geht nicht um Geld, es geht um Rechte, um Menschenrechte. Diese werden Menschen mit Behinderung oft nicht zuerkannt. Nur aus diesem Grund gibt es überhaupt die UN-BRK. Weil man erkannt hat, dass der schöne Grundsatz „Alle Menschen haben gleiche Rechte“ bei Menschen mit Behinderung oft nicht anerkannt wird.

Ich darf noch einmal aus dem Aktionsplan der Bundesregierung zitieren:

„Ziel ist, dass Menschen mit und ohne Behinderungen von Anfang an in allen Lebensbereichen selbstbestimmt leben und zusammenleben...Es geht um gleichberechtigte Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen

Leben.“ Es geht um einen selbstbestimmten Platz aller in einer barrierefreien Gesellschaft.

Wie weit wir davon entfernt sind – und ich meine dies nicht auf den Kreis Steinburg sondern allgemein auf unsere Gesellschaft bezogen – ist jedem von uns mehr oder weniger deutlich vor Augen.

Wenn wir von dem Ziel einer barrierefreien Gesellschaft sprechen, wird oft an Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen gedacht, an abgesenkte Bordsteinkanten, Aufzüge, Rampen. Hier müssen noch viele weitere Menschen mit einbezogen werden. Ich nenne nur die Bereiche Sehen, Hören, psychische und intellektuelle Beeinträchtigungen. Dazu gehören natürlich auch Aspekte aus dem Alltagsleben, eine Mutter mit Kinderwagen, ältere Menschen mit leichteren Bewegungsbeeinträchtigungen, Kleinwüchsige oder überdurchschnittlich große Menschen und, und...

Im Zusammenhang mit Barrieren wird mir immer wieder bewusst, dass viele dieser Barrieren in den Köpfen der Mitmenschen ihren Ursprung haben und dort auch sehr schwer zu verändern sind. Behinderung ist **kein klar umschriebener** Begriff, Menschen werden auch behindert. In diesem Zusammenhang muss aber auch deutlich gemacht werden, dass Behinderung ein **angemessener** Begriff ist. Beispiel Asperger Arbeitsplatz bei Softwarehersteller.

Hier fällt mir Dr. Heinz Bach ein, der in den sechziger Jahren Bücher zur damals erst beginnenden Beschulung von Kindern mit geistiger Behinderung (heute Schwerpunkt geistige Entwicklung) schrieb. Er forderte auf, nicht auf die Einschränkungen dieser Kinder, sondern auf ihre offen gebliebenen Möglichkeiten zu schauen. Ich finde diesen Hinweis brandaktuell.

Abschließend möchte ich im Hinblick auf die heutige Veranstaltung noch auf zwei Dinge eingehen:

Auf unserem Flyer finden Sie das Wort „Auftaktveranstaltung“. Ich bin dem Kreistag sehr dankbar, dass er diese Veranstaltung finanziert und in Auftrag gegeben hat. Damit macht der Kreis Steinburg

deutlich, dass auch er sich auf den Weg macht wie viele andere Kommunen, Kreise und Bundesländer und die Bundesrepublik.

Diese Auftaktveranstaltung wird auch zu Erkenntnissen und Ergebnissen führen, die eine weitere Bearbeitung notwendig machen. Ich habe vorhin gesagt, es geht vorrangig nicht um Geld, es geht um Menschenrechte. Aber die angesprochene Bearbeitung braucht auch hauptamtliche Unterstützung (sprich Arbeitszeiten!). Es ist durch das Ehrenamt alleine nicht leistbar. An der einen oder anderen Stelle wird man auch Geld in die Hand nehmen müssen, um die schlimmsten Hindernisse zu beseitigen.

Vor allem die Aufarbeitung von Versäumnissen aus der Vergangenheit erfordert den Einsatz finanzieller Mittel.

Es geht aber auch genauso darum, vernünftige Zukunftsplanung zu betreiben, um Fehlinvestitionen mit hohen Folgekosten zu vermeiden, also um Geld zu sparen. Ich denke da zum Beispiel an neu gestaltete Fußgängerzonen ohne Blindenleitsysteme.

Auch der Kreishausneubau wird von frühzeitigen Überlegungen zur Barrierefreiheit nur profitieren.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch auf ein Merkmal unserer Einladung hinzuweisen: Dieser Knoten ist das Markenzeichen der Projektwerkstatt Inklusion. Diese wurde von einigen von uns im Mai 2011 auf der Stadtbildungskonferenz der Stadt Itzehoe gegründet.

Hier haben sich unterschiedliche Menschen zusammengetan um gemeinsam an der Umsetzung der UN-BRK zu arbeiten, nicht dogmatisch, sondern ganz praktisch. Es geht um Inklusion, übersetzt: Selbstbestimmte und selbständige Teilhabe aller am öffentlichen Leben. Häufig wird Inklusion bildlich dargestellt mit vielen bunten Punkten in einem Kreis – ein buntes Nebeneinander.

Der Knoten soll zeigen worum es wirklich geht: Es geht um das gleichberechtigte Miteinander- Verbunden – Sein.

Nach dem Motto NUR GEMEINSAM SIND WIR STARK. In diesem Sinne wünsche ich unserer heutigen Veranstaltung einen guten Verlauf!

Mitschrift der Rede von Herrn Prof. Dr. Hase:

Frau Vockerodt:

Herr Hase, von wo kommen Sie eigentlich?

Dr. Ulrich Hase:

Ich komme aus Rendsburg, arbeite in Kiel. Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt es, von Deutschland unterschrieben, erst seit 2006 beziehungsweise 2007. Da wird man schon mal gefragt: was haben sie in der Zwischenzeit denn gemacht? Sie haben Recht, was haben wir gemacht? Alle Menschen sind gleich. Aber man muss kein Jurist sein um zu wissen, dass das, was auf dem Papier steht, nicht Realität sein muss. Die UN-BRK ist wie eine Handlungsanleitung, das ist das entscheidende. Ich arbeite beim Land und nun kommt bei Themen, an denen ich schon 15-20 Jahre sitze, daß sich da nun langsam was bewegt!

V: Wir sprechen von Barrieren ...

H: ...fragen Sie alles, was Sie wollen.

V: Hören und Hindernisse das ist das Thema ... aber was ist ihre Lieblingsbarriere?

H: Menschen mit Vollbart! In dieser Runde hält sich das in Grenzen, aber sie hören meine Stimme. Sie ist so, weil ich meine Stimme nicht höre, ich bin fast taub und ich bin angewiesen auf kombinieren, manchmal verstehe ich Leute gar nicht.

V: Ich auch nicht!



H: Hier geht es aber gut, aber bei einem Vollbart (hält die Hand vor den Mund), geht es nicht. So bin ich kommunikationsbehindert.

V: Für mich hat sich die Reise schon gelohnt, für den Perspektivwechsel.

Dr. Ulrich Hase:

Meine Damen und Herren, eine Begrüßung an Frau Böttcher und Herrn Wendt und Herrn Haerberlein. Zunächst, es wurde schon gesagt, der Bürgermeister oder —vorsteher ist heute da? Egal, sie sind alle herzlich begrüßt. Das sind auch Barrieren. Ich halte mich bei Begrüßungen zurück, damit mir die Patzer nicht passieren. Der Vortrag wird hoffentlich besser.

Ich bin Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung. Ich weiß nicht, ob ich mich so bewährt habe, dass man mich deshalb wieder wählt oder ob ich so eine bequeme Hausnummer bin, dass man mich deswegen wählt. In meinem Tätigkeitsbericht steht viel dazu, was Inklusion in Schleswig Holstein zurzeit bewegt. Er ist auf der Homepage des Landtages. www.landtag.de, dann unter Dr. Hase.

Nun zum Vortrag, ich werde versuchen es in der Zeit zu schaffen!
Gleich die nächste Folie, Inklusion im regionalen Bereich. Die Punkte sind:

1. Eine Menschenrechtsperspektive.

Es geht um Menschenrechte, was muss passieren, damit die Menschenrechte umgesetzt werden können? Es gibt also keine neuen Rechte, sondern es wird gesagt, all das was Menschen ohne Behinderung können, sollen Menschen mit Behinderung auch können. So hat Herr Haerberlein recht, wenn er sagt: es schafft keine neuen finanziellen Dimensionen, aber es kostet durchaus Geld. Menschen mit Behinderung wollen das machen, was Menschen ohne Behinderung als selbstverständlich ansehen. Es ist wichtig, dass dies gilt ohne Einschränkungen, für ALLE. Für Kommunen, für Land, für den Bund. Wer bezahlt das? Ist immer die erste Frage. Sie lachen schon. Das ist das Thema. Aber trotzdem bewegen wir uns, das ist für mich das Positive. Auf der nächsten Folie habe ich nur 2 Stichwörter geschrieben. Mir macht Sorge an der Stelle, dass man den Eindruck hat, Inklusion bezieht sich nur auf Bildung. Toll dass sich viel bewegt, aber nur 65% der Menschen mit Einschränkungen werden gefördert.

Es ist wichtig, dass auf der einen Seite die Türen der Schulen geöffnet werden, das ist der richtige Weg. Die UN-Behindertenrechtskonvention sagt nicht wie schnell, sie sagt nur, dass die Türen geöffnet werden sollen. Der andere Punkt ist für mich, dass wir im Land versuchen, was wir brauchen für Inklusion im Lande. Wir wollen bis Ende des Jahres die Berichte der verschiedenen Ressorts haben, dann wollen wir einen Prozess mit vielen Prozessbegleitern wie ihnen machen und dann Ende des Jahres wollen wir einen Plan haben. Auch Firmen und Gesellschaften entwerfen Inklusionspläne, auch die Christian-Albrecht-Universität. Im Kreis Ostholstein soll der Plan bis 2016 zum Beispiel abgeschlossen sein.

(Folie)

In Kiel denkt man darüber nach 2017 wieder neu anzusetzen wie man das nach UN-BRK fortschreibt.

Gemeinde Kropp war Vorreiter, das hat keinen gewundert, weil viele dort in der Diakonie im Bereich Behindertenpflege arbeiten. Ich habe den Prozess intensiv begleitet. Gestern war ich in einem Kreis, der hier nicht erwähnt ist, die sich auch auf den Weg machen. Da passiert viel, da können sie klatschen.

Wichtig ist mir, ich will gar nicht zu allen Artikeln der UN-Behindertenrechtskonvention was sagen, ich will den Mechanismus darstellen, was die UN-BRK will. Sie ist die große Rechtsgrundlage zu dem was Inklusion ist. Dann stellen sie fest, die Übersetzung der UN-Behindertenrechtskonvention beinhaltet an keiner Stelle das Wort Inklusion. Das ist für Juristen ungewöhnlich, aber die Deutschen haben ein Problem mit dem Wort, sagen, bei uns geht es den Menschen mit Behinderung doch gut, wir machen gute Integration. Sie werden in meinem Vortrag feststellen, dass das ein Unterschied ist. Man muss das differenzieren, darauf komme ich jetzt. Wichtig ist die Wechselwirkung von Barrieren.

Der berühmte Satz ist(Er spricht ohne Ton)verstehen sie mich?

Nun sind sie behindert und ich bin es nicht mehr. Es hängt ab von der Lebenssituation. Je nach Bedingungen verschlechtert oder verbessert sich die Behinderung.

Ich fühle mich wie ein Mensch mit Wackelkontakt, je nachdem, wie Menschen reden. Behinderung verändert sich in Wechselwirkung zur Gesellschaft. Es ist eine Herausforderung für die Gesetzgebung. Ist das möglich als Sachbearbeiter: die 50 % sprechen undeutlich, 50% haben einen Vollbart? Das ist eine Herausforderung zu sagen: wie begegnet man dem? Es geht auch um die Dynamik in der Gesellschaft, eine der größten Herausforderungen. Was noch wichtig ist, weil es etwas ist, was in der Dynamik besteht: Behinderung ist nicht starr. Wir müssen angemessene Vorkehrungen treffen, das heißt, man muss dafür sorgen, dass die Barrieren abnehmen. Hier steht der Text dazu. Das

ist die Antwort auf die Dynamik und Definition von Behinderung. Der Staatenprüfung in Genf diesen Jahres hat man das schon vorgeworfen. Das ist Diskriminierung, wenn man Hilfeleistung unterlässt. Ihr müsst das in euer staatliches Recht aufnehmen. Damit tut sich die Bundesregierung schwer. Wenn sie vergessen eine behindertengerechte Toilette aufzustellen, könnte dem behinderten Menschen ein Schadensersatz zustehen. Das ist der Hintergrund, der an der Stelle noch nicht bewusst ist und umgesetzt werden muss.

Wir machen weiter.

Das heißt, das ist eigentlich das klassische Bild von Integration, das heißt, die Menschen mit Behinderung gehen in die Gesellschaft rein, es gibt eine Integrationskontrolle nach Kosten und Nutzen. Das ist ein negatives Bild. Ich möchte ihnen hier noch mal sagen, was Integration meint: der einzelne bekommt Hilfen, um den Zugang zur Gesellschaft zu schaffen. Wenn sie hier gucken: individueller Nachteilsausgleich, zum Beispiel die Förderung zum Besuch einer allgemeinen Schule. Da wollen wir mal gucken Artikel und Paragraph 5. Das heißt, das integrative Modell hat seine Grenzen, aber auch Fördermittel. Beides steht nebeneinander, also Integration löst Inklusion nicht ab. Auf dem Bild sehen Sie Integration gegen Inklusion.

Beispiel Begleitperson: an einer Universität möchte jemand hospitieren, muss Anträge stellen, Hilfen für Dolmetscherkosten, Gebärdensprachdolmetscher sind sehr teuer. Der systemische Ansatz ist anders, die Universität muss für die Dolmetscher sorgen oder gute andere Einrichtungen. Und wir haben hier die beiden Schriftdolmetscherinnen, die sich ärgern, dass ich so schnell spreche. Der Veranstalter zahlt sie. Dann kann es Ihnen egal sein, wenn ich einen Vollbart trage. (lachen)

Man soll sich auch um behinderte Menschen kümmern. Hier geht es um gleiche Anerkennung vor dem Recht oder (...) oder zum Beispiel Bildung, darum geht es, Teilhabe am kulturellen Leben. Das Kultusministerium hat auch einen Aktionsplan beschlossen. Es gibt einen neuen Ansatz. Hier geht es um die Grundrechte. Da

können wir alles zuordnen, aber hier geht es um Umsetzungsprinzipien, das ist wichtiger als das, worum es geht. Umsetzung als Prozess. Sie haben eine tolle Auftaktveranstaltung, hier sind Menschen aus der Politik, aus der Gesellschaft, das ist ein toller Ansatz. Wie wir das nennen ist egal, das Wort Aktionsplan steht auch nicht in der UN-Behindertenrechtskonvention.

Hauptsache sie planen miteinander. Teilhabe von Menschen mit Behinderung haben sie hier. Meine Erfahrung im Land ist, dass es schwer ist teilzuhaben. Eigentlich macht man einen Plan und spricht dann mit behinderten Menschen. Wenn ich frage: warum habt ihr die Leute nicht beteiligt? Dann schauen sie. Wichtig ist das Bild der Inklusion, Partizipation der Personen. Nicht der einzelne versucht rein zu kommen, sondern die Menschen bauen sich die Gesellschaft selbst auf. Das Thema „Behinderung mitdenken“ ist ein wichtiges Prinzip. Nicht wie ich immer höre bei großen Parteien in Schleswig Holstein, die sagen: nein, da ist unser Sozialreferent zuständig! Wenn eine Partei sagt, dass sie inklusiv in ihrer Arbeit ist, dann frage ich: was ist mit dem Hintergrund? Barrierefreie Wahlunterlagen zum Beispiel!

Über 520.000 Menschen mit Behinderung, das ist eine politische Größe. Wir können auf den putz hauen, wenn wir was wollen. Man kann an etwas anderem sparen, nicht an uns.

Eine Planung von Anfang an für alle. Nicht die Rampe dahinten und der Haupteingang da, sondern gemeinsam. Insofern ist Inklusion nichts anderes als die inklusive Fortentwicklung von Barrierefreiheit.

Nächste Folie: Sensibilisierung. Das heißt Abbau von Vorurteilen. Das ist das Schlimmste. Wenn man da eine Treppe hat, da denke ich, da kommt man drum rum. Nein, das schlimmste ist das, was in den Köpfen vor sich geht. Sensibilisierung heißt, dass ich mich darum kümmere, dass Vorurteile abgebaut werden, dass Sich-Begegnen und Vieles-Gemeinsam-Machen. Wenn es zum Beispiel Wohnheime gibt und ich Wohnheime organisiere, dann Sorge ich für die Sensibilisierung der Nachbarn, oder auch am Arbeitsplatz. Wir brauchen das in der Gesellschaft, ohne dass

Menschen mit Behinderung (...) wir müssen noch viel mehr tun, da passiert noch viel zu wenig. Der UN-Fachausschuss in Genf hat das besprochen. Bevor ich gleich noch was sage, ich finde das prima, dass Herr Wendt das über Flüchtlinge gesagt hat. Es geht nicht nur um die Traumatisierung, das Sprachenproblem etc., sondern auch andere Behinderungen. Ich tue mich schwer, darüber zu sprechen, weil viele andere Probleme vorherrschend sind. Aber wenn man das von Anfang an hinterfragt, kann man sich viel Aufwand sparen.

Eine Landrätin sagte mir, dass da ein Flüchtling im Rollstuhl vor ihnen stand und sie darauf gar nicht gefasst waren. Wenn ich schaue, in viele Bereiche, dann sehe ich, dass es oft von den Verbänden der Behinderten her kommt, dass inklusiv umgegangen wird. Haben sie schon mal Werbung mit Behinderten gesehen? Ich will ihnen ein Beispiel zeigen. Wir haben leider keinen Ton, aber der Hintergrund ist nur Musik, es geht nur in zwei Sätzen um Freundschaft. Es gibt Musik, aber ich höre sie nicht, warum sollten Sie sie hören? Das ist ein Werbefilm, sie werden gleich sehen für welche Firma. Eine der brutalsten Sportarten, die ich kenne. So was habe ich auch schon mal gesehen.

<https://www.youtube.com/watch?v=Au8Y98Rgxbk>

(lachen)

O.K. Danke

(Applaus)



Pressemitteilung des Kreises Steinburg vom 24.09.2015

Vielfalt vereinen – Auftaktveranstaltung zur UN-Behindertenrechtskonvention Der Beauftragte des Kreises Steinburg für Menschen mit Behinderung, Dietrich Haerberlein, lädt gemeinsam mit der Steinburger Kreisverwaltung zur Auftaktveranstaltung „Vielfalt vereinen - UN-Behindertenrechtskonvention“ am 26. September 2015 ein. Im Jahr 2009 trat die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland in Kraft. In der Konvention geht es um Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderungen. An allen Bereichen des Lebens müssen Menschen mit und ohne Behinderungen in gleicher Weise teilhaben können. Dabei sind Bildung, Erziehung und Beruf ebenso wichtig wie ein aktives politisches und kulturelles Leben. Das Ziel ist ein barrierefreier Zugang zu allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und ein selbstbestimmter Platz in der Gemeinschaft für alle Bürgerinnen und Bürger, d.h. der hindernisfreie Zugang zu Institutionen, Ämtern, dem ÖPNV usw., aber auch zu Informationen sollte überprüft und bei Bedarf angepasst werden. Zur Auftaktveranstaltung „Vielfalt vereinen - UN-Behindertenrechtskonvention“ sind alle interessierten Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. Die Veranstaltung findet am 26.09.2015 von 10.00 bis 16.30 Uhr im Regionalen Berufsbildungszentrum des Kreises Steinburg (rbz), Juliengardeweg 9 in Itzehoe, statt. Was ist das Ziel dieser Veranstaltung? Gemeinsam soll geklärt werden, welche Aspekte der

Behindertenrechtskonvention im Kreis Steinburg bereits berücksichtigt sind und was noch verbessert werden könnte. Kurz gefasst: Was haben wir schon? Was brauchen wir noch? Nach der Begrüßung wird Dr. Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Behinderung in Schleswig-Holstein, zum Thema vortragen. Dann startet die aktive Phase: An verschiedenen Themenstationen werden bestehende Angebote und Hilfen, aber auch Ideen und Anregungen gesammelt, diskutiert und notiert. „ »Vielfalt vereinen« bedeutet für uns auf dieser Veranstaltung: ein anregender Austausch mit Menschen mit und ohne Handicap über ihre Erfahrungen und ihre vielfältigen Ideen“, erklärt Dietrich Haerberlein. Itzehoe, 22. September 2015 Amt Büro des Landrats Dienstgebäude Viktoriastr. 16-18 Ansprechpartnerin Britta Glatki Zimmer 231 Kontakt Telefon: 04821/69 487 04821/69 0 (Zentrale) Fax: 04821/69 231 E-Mail: b.glatki@steinburg.de Anschrift Kreis Steinburg – Der Landrat Viktoriastr. 16-18 D – 25524 Itzehoe www.steinburg.de Der Veranstaltungsort ist barrierefrei, ein Schriftdolmetscher steht zur Verfügung. Der Eintritt ist frei. Alle, die mitmachen wollen – auch nicht Angemeldete, spontane Gäste -, sind herzlich willkommen. Weitere Informationen zum Ablauf erhalten Interessierte bei Dietrich Haerberlein oder Petra Luther telefonisch unter (04821) 69390, per Email unter inklusion@steinburg.de oder auf der Website des Kreises Steinburg unter www.steinburg.de/vielfaltvereinen.de

Ergebnissammlung der Veranstaltung "Vielfalt Vereinen" des Kreises Steinburg am Samstag, den 26. September 2015

Die Fragestellungen zu den jeweiligen Lebensbereichen lauteten:

1. Welche einschränkenden Faktoren nehmen wir in diesem Lebensbereich wahr?
Welche konkreten Beispiele gibt es?
Welche Erklärungen haben wir dafür?
2. Welche fördernden Faktoren nehmen wir wahr?
Welche konkreten Beispiele gibt es?
Welche Erklärungen haben wir dafür?
3. Welche Ideen zur Verbesserung dieses Lebensfeldes haben wir?
4. Welche Fragen müssen wir stellen?

1. Familien und soziales Netz

- Partner-Agentur für Menschen mit Beeinträchtigungen
- Menschen mit Behinderung wird oft genug eingeredet, dass sie es nicht können
- Hilfe, um Anträge zu bearbeiten
- Wissen über Rechte, Angebote und Zugänge
- Angebote für unterschiedliche Lebensformen schaffen, z. B. WG, Betreute Wohnformen, Ambulante Hilfen
- Familienhilfe für Eltern mit Beeinträchtigung
- Rechtliche Betreuung: Wir glauben zu wissen, „was für die Personen gut ist.“

- Die Meinung: Wer nicht behindert ist, weiß Bescheid und kann für andere entscheiden.
- Mehr ambulante Versorgung
 - mehr Stunden
 - ambulante Betreuung
- Denkanstoß: Was wäre, wenn die Mehrheit der Weltbevölkerung Defizite hätte?
- Netzwerk „Frühe Hilfen“
- Macht ein „Erziehungsführerschein“ Sinn?
- Kann man jedem Menschen zumuten, ein behindertes Kind großzuziehen?

- Wenn meine Tochter schwanger wird, wie soll sie das Kind erziehen..? Hilfe?
- Berechtigt eine zu erwartende Behinderung einen Schwangerschaftsabbruch?
- Warum gehen die Auffassungen von Selbstbestimmung so unterschiedliche Wege?
- Helfen soziale Netzwerke vor Vereinsamung?
- Die Frage nach den Grenzen muss auch erlaubt sein.
- Eltern mit Behinderung erhalten Assistenz im Alltag.
- Voreingenommenheit/Vorurteile
- Psychologische Betreuung aller Familienmitglieder; Stichwort „Krankheitsbewältigung“
- Fachkräfte unterstützen beim Wahrnehmen, Ausbauen und Zutrauen der elterlichen Kompetenz
- Hilfsangebote in unterschiedlichen Sprachen: Braille, einfache u. leichte Sprache
- Zugänge zu Helfersystemen niedrigschwellig gestalten
- Möglichkeiten der Ergotherapie eröffnen sowie andere Therapieangebote
- Kein Fahrdienst (Mobilität)
- Bestimmung?!
- Selbst
- Single zu sein (zunehmende Anzahl)
- Äußere Einflüsse
- Ich kenne ein altes, gehörloses Ehepaar, die von den Nazis zwangssterilisiert wurden: Lebenslange Trauer!
- „Behinderte können keine Kinder erziehen“

➤ Gesellschaftliche Meinung

- Familien mit Kindern mit und ohne Behinderung vernetzen
- Offene Arbeit
- Es gibt ein Wunsch- und Wahlrecht
- BESSERE Aufklärung über Fördermittel
- Eltern von Kindern mit Beeinträchtigung fortbilden

2. Bildung und Ausbildung

- Schulung für alle Verwaltungen über Behinderungen und was zu beachten ist
- Stärkenorientiertes Arbeiten
- Ausbildung allen ermöglichen
TZ; VZ; in der Erziehungsphase; Lern- u. Geistigbehinderte
- Ergotherapeuten und Entwicklungsbegleiter an Schulen fest angestellt
- Verbindliche Fortbildung für Lehrkräfte mit Hospitationen
- Unterrichtsmaterialien entsprechend gestalten (Abbildungen mit Rollifahrern etc.), so dass Inklusion zum normalen Bild und Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft wird
- Gleichberechtigte Berufsgruppen an Schulen:
Pädagogen, Ergotherap. Sozialpäd., Psychologen, Erzieherinnen etc.
ein Ziel in Zusammenarbeit
- Übergänge von Kita zur Schule mit Fachpersonal gestalten
- Tandem-Lernen in Berufsschulklassen

- Soziales Kompetenztraining in den Schulen
- Unterrichtsfach „Inklusion“ ab der 1. Klasse, in allen Ausbildungen Inklusion thematisieren und darauf ausbilden, so dass jeder immer Bescheid weiß und helfen kann
- Personal
Qualifikation
- zu wenig Fachkräfte
zu wenig Zeit der Fachkräfte
- Niedriger Personalschlüssel in Schulen
- Lehrer sind keine Therapeuten
- Fehlende Qualifizierungen in der Ausbildung der Lehrer sowie im Berufsleben
- Zu viele Schüler in einer Klasse
- Zu viele Erwachsene in der Klasse
- Hörgeschädigte Kinder gehen im Lärm der „Regelklasse“ unter
- Schreiben in verständlicher Sprache erlernen
- Es fehlen passende Arbeitsplätze
- Äußerliche Barriere
- Sprache darf kein Hindernis sein
- Fehlender Aufzug bei der VHS Itzehoe
- Kein behindertengerechter Zugang zu Schulen
- Viele Berufe sind nicht barrierefrei gestaltet
- Vorurteile ver-/behindern
- Sensibilisierung im Kopf der Lehrer/in
- Fehlende Partizipation

- Mangelnde interkulturelle Kenntnisse
- Geistige Barriere: Das schränkt ein
- Nur differenzierter Unterricht kann keine Lösung sein
- Kann Ausbildung anders bzw. neu strukturiert werden?
- Wo bleibt die individuelle Förderung bezogen auf die Person?
- Warum bedeutet in den Schulen nur „alle in einer Klasse“, das sei Inklusion?
- Wie bekommen wir Marktwirtschaft inklusionskompatibel verändert?
- WARUM gibt es so wenige Bewerbungen in Betrieben?
- Gibt es eine Wahlfreiheit der gewünschten Beschulungsform?
- Haltung ändern:
 - Wir schaffen es!
- Pädagogische Ausbildung für Inklusion
- Übergang Schule – Beruf fließend gestalten
- Interdisziplinäres Team aufbauen
- Gute Ausbildung verhindert Überforderung
- „Schul“begleitung in Schule, Ausbildung, Studium, Arbeitsplatz
- Ausbildung nach innen und nach außen
- Kleine Klassen sind gut für alle (max. 12 Kinder)
- 1 zu 1 Betreuung
- Personenzentrierte Förderung
- Sozialleistungsträger vernetzen sich stärker
- Umgang mit Behinderung bereits im Kindergarten vorleben und Aufklärung bereits ab Kindesalter an

- Stärken stärken, Schwächen schwächen
- Nicht auf die Noten achten
- Wahlmöglichkeiten für Kita und Schule erhalten
- Individuelle Förderung im Unterricht
- Mehr Förderlehrkräfte an die Regelschulen
- Ergotherapeuten an Schulen, nicht nur ambulant
- Frühes Einbeziehen von Kindern, Eltern und Fachkräften in die Prozesse
- Bei Neubauten Fachleute mit einbeziehen, Beispiel Akustik + Aufzüge
- GS in Horst
- Auf Qualität achten
- Rahmenbedingungen

3. Erwerbsarbeit und Einkommen, Arbeit und Beschäftigung

- Unser Leistungsanspruch/-denken
- Leistungsdruck
- Arbeitgeber
 - wollen schnelle Ausführung der Arbeit
- „Fließbandarbeit“
- Schwerbehinderte - Vertretung hat keine Mitbestimmungsrechte
- Nicht genug Wahrnehmung der Schwerbehindertenvertretung im Unternehmen
- Isoliertes Arbeiten

- Behindertenwerkstätten ghettoisieren auch Menschen
- Glückstädter Werkstatt
 - Isoliertes Arbeiten
- Arbeit wird nur mit Arbeit in Behindertenwerkstätten assoziiert
- Unkenntnis und Vorurteile
- Fehlende dauerhafte finanzielle Anreize für Arbeitgeber
- Barrieren im Kopf der Arbeitgeber / Wirtschaft
- Alte Gebäude...teures Umbauen
- Geförderte Arbeitsplätze und Dienstleistung als Konkurrenz zur freien Wirtschaft
- Auftreten und Wahrnehmen der SBV zu gering
- Ausgleichsabgabe
- Umsetzungsmöglichkeiten schaffen
- Regelmäßige Workshops, Seminare, um Vorurteile abzubauen, um Umgang mit Behinderung selbstverständlicher zu machen
- Zusammenarbeit im interdisziplinären Team - Ergotherapeuten!
- Voraussetzung für Aufklärung schaffen
- Mehr Aufklärung im Umgang mit Behinderung
- Mehr Offenheit / Zeit, Möglichkeiten bieten
- Umdenken: Jeder arbeitet so gut er kann
- Stärkung des Selbstbewusstseins von Menschen mit Behinderung
- Rahmenbedingungen in Betrieben und Verwaltungen

- Höhere Subventionen bei Einstellung von schwerbehinderten Mitarbeitern
- Gute Beratung und Unterstützung der Betriebe
- Behindertengerechte Gestaltung des Arbeitsplatzes
- Finanzielle Förderung für Betriebe, die verstärkt Behinderte einstellen
- Sensibilisierung von Betriebsmitgliedern, Entwicklung von Patenschaften in Firmen
- Betriebe umfassend über Zuschüsse zu der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung informieren
- Suche nach alternativen Beschäftigungen nimmt zu
- Toleranz und Verständnis der Kunden
 - weniger Druck für Chefs und Angestellte
- Gute Ausstattung der Arbeitsplätze sollte selbstverständlich sein -
Ergonomische Arbeitsplätze fördern langfristig die Gesundheit der Mitarbeiter
- Arbeitsplätze auf beeinträchtigte Mitarbeiter ausrichten
- Aufklärungsarbeit für Arbeitgeber
- Budget für Gestaltung behindertengerechter Arbeitsplätze sollte für jeden Arbeitgeber eine Verpflichtung bzw. selbstverständlich sein
- Verlässliche Finanzierung von behindertengerechten Arbeitsplätzen
- Ausgleichsabgabe in der Höhe eines kompletten Nettolohns
- Ab welcher Anzahl von Mitarbeitern muss ein Betrieb einen Menschen mit Beeinträchtigung beschäftigen?

- Warum dürfen die meisten nicht mal ein Praktikum absolvieren
- Menschen mit Beeinträchtigung?
- Warum erhalten Behinderte' so wenig ‚Gehalt‘?
Einige können nicht so viel leisten wie andere!

4. Wohnen, Wohnumfeld

- Höhere Mietkostenübernahme wegen größerer Wohnung für Rollstuhlfahrer
- Unterschiedliche Wohnangebote
- Bei Schaffung von Wohnraum für Asylsuchende auch gleichzeitig barrierefreien Wohnraum schaffen. Öffentliche Gelder/Fördergelder für Umbaumaßnahmen im Firmenbereich, z.B. Umbau Kino usw.
- Ansprechpartner/innen für die Wohnungssuche als Unterstützung
- Ist die Nachbarschaft (Gesellschaft) bereit für psychisch erkrankte Menschen?
- Die Bereitschaft Menschen mit Behinderung als Nachbarn zu haben, ist nicht grundsätzlich vorhanden.
- Zu wenig barrierefreie und bezahlbare Wohnungen
- Zu wenig Wohnangebote in Kombination mit Pflege für Menschen mit Behinderung
- Öffentlichkeitsarbeit durch Stadtverwaltung, Kreisverwaltung, Aktionsgruppen, Agenda 21, Projektwerkstatt und gemeinsame Plattformen usw..

- Anreize für Wohnungswirtschaft schaffen, z.B. verbindliche Zulage zum KDU-Satz für Rolli gerechte Wohnung.
- Jeden Tag ein positives Beispiel für Inklusion auf der ersten Seite der Zeitung
- Unabhängige Beratungsstelle über das Gesamtangebot der Ansprüche und Hilfeleistungen
- Gründung einer Interessengemeinschaft „Neues Wohnen“
- Fehlende finanzielle Mittel
- Kaum rollstuhlgerechte Wohnungen, in zentraler Lage oder nicht bezahlbar
- Altbau unmöglich - keine freie Auswahl - Wohnstil
- Auch DIN-Normen schränken ein, Alternativen fordern enormen Aufwand (Höhe sanitärer Anlagen etc.)
- Es gibt zu viele Wohnungen mit Barrieren
- Rollstuhlgerechte Ferienunterbringungen
- Busverbindungen
- Keine Busverbindungen am Abend: kein Kino, Theaterbesuch usw. möglich
- Keine Geschäfte in den Dörfern (Post, Friseur, usw.)
- Barrierefreiheit scheitert am Budget
- Zu wenig Wohnangebote für Menschen mit schweren körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen trotz Bedarfs
- Ärzte im zweiten oder dritten Stock ohne Fahrstuhl
- Über mich entscheiden Menschen, die mich und meine Beeinträchtigung nicht kennen und verstehen (wollen)
- Eingangstüren zu öffentlichen Gebäuden und Geschäften, Ärzten usw. für Rollstuhlfahrer nicht zu öffnen

- Vermieter intolerant - will keine Umbauten tätigen - Kosten
- Vermieter haben „Scheu“ vor beeinträchtigten Menschen
- Was unternehmen die Kommunen, um barrierefreien Wohnraum zu schaffen?
- Wie können wir Fördergelder für Umbau bekommen?
- Muss selbstbestimmtes Wohnen an den Kosten scheitern?
- Wo können Gelder für privaten Umbau beantragt werden?
- Warum gibt es für junge Schlaganfallgeschädigte nur Alten - und Seniorenheime?
- Kann ein Heim ein Zuhause sein?
- Begegnungsräume, die das gegenseitige Kennenlernen und Verstehen fördern
- Es gibt Ansätze von neuen Wohnformen. z. B. Generationenhäuser
- Fahrstühle, mehr Rampen oder Plattformlifte für Gebäude – z. B. Volkshochschule, Geschäfte
- Zuschüsse bzw. Kostenübernahme rollstuhlgerechter Einrichtungsgegenstände
- Mehr elektrisch zu öffnende Eingangstüren
- Zusammenarbeit mit Ergotherapeuten, die für die Frage „Selbstständigkeit des Klienten“ die richtigen Ansprechpartner sind.
- Steter Tropfen höhlt den Stein – überall kommt langsam etwas in Bewegung und keiner will den Anschluss verlieren
- Herstellen der Aufmerksamkeit und Normalität
- Notrufsystem zu Hause

5. Mobilität

- Zu wenig Behinderten-Parkplätze
- Türen zu schmal
- Kopfsteinpflaster
- Hörgeschädigte können keine Ansagen z.B. in der Bahn verstehen!
- Die DIN-Normen schränken in der Mobilität sehr ein.
- Schulen - Anbindung an öffentlichen Nahverkehr
- Türen von Zügen zu schwer zu öffnen
- Zu wenig Ansprechpartner für behinderte Menschen auf Bahnhöfen
- Abbau von direkten Fahrkartenverkauf, Automaten, die unübersichtlich zu bedienen sind
- Bahnfahrt nur mit Anmeldung und Planung möglich
- Keine Möglichkeit, in Busse zu kommen, nur eingeschränkte Möglichkeit in Bahnen zu kommen.
- Zu wenige bis keine Busverbindungen über's Land.
- Türen / Einstiege / Gänge bei Bussen und Bahn zu hoch und zu eng!
- Alle integrativen Maßnahmen kosten Geld
- Taxifahrer verweigern oft die Mitnahme
- Busfahrer intolerant
- Busse: zu eng, zu voll, zu klein, Sitze ungeeignet
- Zu wenig Verkehrsanbindung im ländlichen Raum
- Mehr Busverbindungen

- Zu wenig Rolli-Plätze – z.B. Reisebus
- Kosten von Sonderausstattungen im Auto zu hoch
- Informationszugang für Mobilitätseingeschränkte
- Anzeigetafeln + Durchsagen!
- Fahrpläne offener gestalten, mehr Zeit für eine Tour einplanen, damit kein Zeitdruck entsteht, z. B. durch Ausfahren der Rampe
- Bahn-Service an jedem Bahnhof, um mit Rollstuhl von jedem Bahnhof abfahren zu können
- Menschen statt Maschinen! (Ticketkauf etc.)
- Service-Stationen, die sowohl akustisch, als auch zum Lesen Informationen geben
- Barrierefreiheit im öffentlichem Rau

6. Pflege

- Selbstständigkeit in der Pflege zulassen & fördern → Aktivität der Betroffenen!
- (Eine) zentrale Anlaufstelle(n) für Unterstützungssuchende
- Netzwerkstrukturen → Vielfalt der Unterstützung erweitern
- Gute Bezahlung für Pflegekräfte!
- Wer pflegt im Haushalt?
- Ist Pflege nur Zeiteinheit? (wie in den Pflegestufen)
- Wo beginnt die „Pflege“?
- Wenn den Argumenten Behinderter nicht geglaubt wird oder sie einfach übergangen werden!

- Fehlendes Personal + Zeit
- Bürokratie
- Geldmangel!
- Die „Seele“- das Gespräch- bleibt meist auf der Strecke!
- Fließbandarbeit!
- Keine Massenabfertigung
- Unprofessionelle Fachkräfte
- Vorschriften + starre Regeln für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen
- Keine Durchlässigkeit in Finanzierungssystemen/ Leistungserbringer bezüglich Bedarf
- Hilfen sind oft nach Fachgruppen und Kostenträgern getrennt, z. B. Pflege, Integration
- Unterscheidung von Pflege + EGH bei den Leistungen der Pflegekasse
- Wenn Klientin vom Pflegedienst wie „ein Stück Holz“ behandelt wird: z.B. Pfleger bringt unangekündigt männliche Praktikanten zur Ganzkörperpflege mit!
- Der Pflegedienst kommt immer noch, obwohl er nicht mehr benötigt wird - man glaubt dem Behinderten nicht
- Wenn Pflegedienst gegenüber der Krankenkasse die Unwahrheit sagt, um „pflegeleichten“ Klienten zu behalten!
- passive Pflege
- Weniger Zeitdruck - mehr Zeit für Empathie
- Aktivierende Pflege statt passiver Pflege
- Mehr Information + Transparenz zu Angeboten und Leistungen

- FUD= Familien unterstützender Dienst
- Umdenken/ nachdenken, auch Leistungsträger werden später Hilfen benötigen
- Durchlässigkeit zwischen den Kostenträgern und innerhalb von Einrichtungen und Anbietern von Hilfen
- Mehr Angebote für behinderte Menschen
- Öffnen durch zusätzliche Leistungen
- Arbeit im interdisziplinären Team mit Ergotherapeuten
- „Marketing“ Angebot <-> Nachfrage, Prozess

7. Gesundheit

- Selbstbestimmung in der frühkindlichen Förderung stärken
- Neue Leistungen im Bereich Pflege
- Keine ausreichende Versorgung mit Hörgeräten
- Zu wenig Therapieangebote für Menschen mit Beeinträchtigung
- Scham und Berührungsängste
- Inkompetente Krankenkassen
- Finanzschanke
- Kaum barrierefreie Arzt- und Zahnarztpraxen
- Vorurteile Unwissender
- Zu wenig Aufklärung in der Gesellschaft
- Zentralisierung von medizinischer (Notfall) Versorgung, Hilfen sind nicht erreichbar, wenn man nicht selbst PKW hat oder Taxi zahlen kann

- Angst vor fremden Menschen
- Besonders in der Stadt
- ... Dass das SGB IX nicht angewendet wird
- Frühwarnsysteme (z. B. Anzeichen häuslicher Gewalt)
- Inkompetenz von Ärzten
- Eigene Familie kann nicht helfen, z. B. nicht verfügbar
- Wenig Fachärzte für seltene Erkrankungen
- Hausbesuche
- Volle Bezahlung für Brillen + Hörgeräte durch Krankenkassen
- Linderung bzw. Krankheiten heilen und nicht durch weitere Medikamente Nebenwirkungen hervorrufen, die zusätzliche Behandlungskosten verursachen
- Mit Ergotherapeuten die Selbstständigkeit des Klienten fördern
 - mehr Therapie ermöglichen
- Unterstützung für Angehörige verfügbar machen
 - Last verteilen!
- Freizeitangebot fördern
 - Kultur
 - Sport
 - Entspannung usw.
- Vorsorge durch frühere Betreuung
- Aufklärung
 - Was steht mir zu?
 - Wie bekomme ich das?

- „One-Stop Shop“ statt viele notwendige Schritte/ Klärungen mühsam abgekoppelt regeln zu müssen
- Baukostenzuschüsse für neue Arztpraxen durch Land + Kassen!
- Medienpräsenz
 - Thematisierung in allen Altersstufen
- Warum bin so selten bereit, meine Meinung zu überprüfen?
- Welche Vorteile habe ich davon, wenn ich andere behindere? (Macht? Eitelkeit?)
- Wer bezahlt Barrierefreiheit bei Ärzten und Zahnärzten?
- Wie kommen Rollstuhlfahrer/innen in die normalen Behandlungsstühle? Gibt es spezielle Behandlungsstühle (Zahnarzt, Frauenarzt) für Rollstuhlfahrer/innen?
- Ich gehe seit Jahren mit meiner Tochter zum Logopäden - sie lernt noch immer dazu, jetzt 34 Jahre jung. Warum wird die Therapie seit 1.1.2015 nicht mehr verordnet wie vorher? Ich bezahle jetzt selber 34,79 € pro 45 Minuten, weil es so wichtig ist für mein Kind. Die Kasse zahlt nicht, weil es keine Verordnung gibt.
- Gesundheit durch Freizeit
- "one stop shop" (*siehe Wikipedia*)

8. Freizeit, Kultur und Sport

- Blog KULTURKNOTEN PUNKT-DS.de zum Informationsaustausch nutzen
- Fortbildungen für Trainer vereinfachen

- Kommunale Förderung abhängig vom Grad der Barrierefreiheit
- Untertitelungen verbindlich machen oder Preise für Vorbildlichkeit ausloben
- Personal dementsprechend ausbilden
- Ansprechpartner als Kontaktperson vor der Kulturveranstaltung, um Fragen zu klären, Barrieren zu lösen
- Mehr Sportarten für Beeinträchtigte anbieten
- Gemeinsame Kurse anbieten, z. B. „Kinderturnen“, Schwimmkurse etc.
- Öffentliche Verkehrsmittel nicht barrierefrei
- Hoher und komplizierter Aufwand, bezahlte / ehrenamtliche Unterstützung zu erhalten
- Busfahrer müssen z. B. Rollstuhlfahrer nicht mitnehmen, wenn der Bus zu voll ist
- VHS IZ inklusiv
- Sporthalle am SSG ohne Fahrstuhl
- Zu wenige Behindertentoiletten (Restaurants, Cafés, Kneipen)
- Gebäude nicht begehbar (z. B. RBZ), Treppen zur Sporthalle
- Toiletten (Räume) zu eng z. B. in Bars
- Einkaufsläden zu enge Gänge, Regale hoch
- Sehen, Hören beeinträchtigt; an viele Möglichkeiten / Varianten oder Beeinträchtigungen denken
- Die Menschen sind noch zu wenig bereit, Personen mit Einschränkungen anzunehmen/ zu akzeptieren.
- Sport: viel leistungsorientiert – Meinung, dass ein Behinderter das Team schwächen könnte

- Einseitige Blickwinkel: Was ist Kunst, Kultur, schön + darf in den Mittelpunkt gesehen werden
- Kinoprogramm eingeschränkt (taubstumm)
- Ganz profan: nicht alle Kinofilme in 3D, weil die von sehbehinderten Menschen nicht optimal gesehen werden
- Filme (Kino) ohne Untertitel und keine Hilfsmittel (akustisch) vorhanden
- Barrierefreie Reithalle
- Kino in Itzehoe nicht barrierefrei
- Arte untertitelt nur französisch
- Beförderungsmittel (z. B. Johanniter)
- Rollstuhltanz für Kinder u. Jugendliche; Gruppe einrichten + Fahrdienst
- Hilfen für Familien mit mehreren Kindern auf Kulturveranstaltungen
- Angebote der „offenen Hilfen“ Lebenshilfe
- Vereine ihre Sportart präsent machen für Behinderte
- Sensibilisierung des Publikums einer Kulturveranstaltung
- Café Brot + Zeit barrierefrei
- Fehlendes Geld – Verteilung von Karten „Börse“
- Entscheidungsgremien: Was wird ausgestellt? Was ist /wird sichtbar?
- Informationsaustausch: Was findet wo statt?, für alle möglich machen
- Inklusion kostet Geld: Gebärdensprachedolmetscher in der Freizeit
- Ruhezeiten bei Kultur- & Sportveranstaltungen

- Kulturpaten, die Menschen mit Beeinträchtigungen begleiten
- Über Kunst- & Kulturangebote wächst das eigene Gefühl / Vertrauen in die Gesellschaft
- Bewusst gemeinsame (Sport-) Veranstaltungen organisieren
- Sportarten & Kunst- & Kulturangebote ohne Leistungsdruck (Bsp. Kanusport)
- Mensch mit Beeinträchtigung sein eigener Experte
- Hilfe + Sensibilisierung der Gesellschaft
- Gesetzliche Vorgabe für alle Restaurants, Kneipen etc. für barrierefreien Zugang und Strafe bei Zuwiderhandlung
- Teilhabe an Sport-, Kunst- & Kulturangeboten für alle ermöglichen
- Offene Hilfen z. B. Beförderungsmittel, Lebenshilfe
- Wer sollte darüber entscheiden dürfen, was Kunst ist?
- Wie kann ich zu den einzelnen Angeboten kommen? Busse?
- Wo stehen die Angebote für die Aktivitäten?
- Eine Internetseite einrichten und pflegen für Sport- und Freizeitangebote, die barrierefrei sind.
- Wer bezahlt Behindertensport in Sportvereinen?

9. Sicherheit

- Erreichung aller Altersstufen
- Unterstützung von Hilfsorganisationen, z. B. Weißer Ring, nur Spenden zu unsicher
- Gesicherte Finanzierung von Pro Familia, Frauenhaus, etc.

- Besondere Bedrohung der Behinderten
- Umdenken der Gesellschaft
Freundliches, offenes Miteinander sollte selbstverständlich sein. Jeder sollte sich fragen, was kann ich zur Sicherheit beitragen?
- Fehlende Info
- Fachkompetenz zur Durchführung
- Kosten
- Mangelnde Hilfsbereitschaft in der Öffentlichkeit: „Weggucken“
- Behindertengerechte Einrichtung
- Beispiel: Frauenhaus
- Konflikt zwischen Wunsch an Arbeitgeber und den tatsächlichen Verhältnissen
- Wenig professionelle Gewaltprävention in Pflege- und Behinderteneinrichtungen
- Notrufsäulen usw.
- Notrufsysteme Entwicklung
- Keine psychologischen Hilfen im Kreis Steinburg, die auf die Flüchtlinge eingehen kann.
- Keine äußerlichen Merkmale
- Aufklärung, aktuell wieder mehr Fördermittel für Frauenhäuser
- Sicherheitstraining für Behinderte
- Präventionsprogramme
- Professionelle Programme zur Prävention und Umgang mit Gewalt in Einrichtungen der Pflege- und Eingliederungshilfe
- Licht Parkplätze / „Übergänge“ Treppenhäuser

- Kontrolle der „professionellen“ Fachkräfte (genaue Prüfung schon ab der Ausbildung)

10. Politik / Öffentlichkeit, Beteiligung

- Eigene offene Webseite
- Regelmäßige Netzwerktreffen
- Mehr Hotspots für freien Zugang ins Internet
- Förderung einer "Paten"- Kultur
- Quartierskonferenzen durchführen
- Aufklärung für alle Menschen
- Hartnäckigkeit Betroffener, ihre Bedürfnisse vorzutragen! NUR MUT!
- Mehr Aufklärung für Behinderte, zur Meinungsäußerung
- Gebärden - Kurse anbieten
- Aufklärung und Umgang mit Behinderung sollten bereits gesunde Kinder im Kindergarten lernen
- Politiker und Bürgervertreter sollten bereits in ihrem privaten Umfeld mit Öffentlichkeitsarbeit anfangen
- Beteiligungsforen auch für Menschen mit Behinderung
- Plakate zu solchen Veranstaltungen, vermehrt verbreiten
- Radiowerbung und Presseartikel
- Mehr Öffentlichkeit (Presse!)
- Digitale Medien
- Öffentliche Plattformen
- Fühlpfad für Blinde

- Niedriger Empfang für Rollstuhlfahrer
- Öffentlichkeitsgestaltung
- Farbgestaltung für Gehörlose
- Vereinfachte Sprache
- Selbst - Öffnende Türen
- Bildliche Präsentation Power - Point für Blinde
- Physische Einschränkung
- Meinungsfreiheit: Wo fängt sie an, und wo hört sie auf?
- Wer kann / sollte Politik gestalten?
- Ist die Politik / Gesellschaft bereit für Transparenz und wenn ja, für welche Menschen mit Behinderungen?
- Diejenigen, die Banken und Länder mit Hunderten von Milliarden retten, können auch Inklusion fördern, wenn sie wollten.
- Warum haben die Sozialverbände kein Rederecht im Sozialausschuss?
- Durch die Anonymität des Internets Angriffen ausgesetzt
- In den Köpfen der Politiker ist auf allen Ebenen noch nicht angekommen, was Behinderung bedeutet! Hier ist entsprechende Aufklärung dringend erforderlich.
- Bewusst werden von Menschen mit Defiziten
- Begutachtung von Heide? Keine Fachärzte und bei Betroffenen wird die rechtliche Lage nicht berücksichtigt???
- Mangelndes Problembewusstsein in Verwaltung (wird aber schon besser)

11. Diverses (Sprechblasentexte)

- Behindertengerechte Praxen fordern
- Geförderte Fahrdienste, die in dringenden Fällen den Transport in die Anlaufpraxis übernehmen
- Signal an Kaufmannschaft auf Barrierefreiheit zu achten. Rollstuhlmkleiden usw.
- Wohnungsbau vereinheitlichen bezüglich Barrierefreiheit
- Planung in Sozialräumen
- Persönliches Budget einfordern / erstreiten
- „Barrierefreier“ Zugang zu Fördergeldern
- Individuelle Behandlung
- Die Menschen brauchen Beschäftigung
- Eine Modelleinrichtung bezüglich Mix (s. Info) pro Kreis
- Kreisfreie Stadt für Fortbildung und Hospitation
- Medien
- Einfach bei Politikern anfangen! Lassen wir mal diese Klientel spüren, was Behinderung bedeutet! z.B. blind

- Bessere Qualifizierung und bessere Bezahlung der Fachkräfte
- Mehr Fachärzte
- Sicherheitstraining?
- Schulung
- Notknöpfe z.B. am Rollstuhl
- Verbindliche Fortbildung für Fachkräfte!
- An Vermieter: positive Denkweise! Keine Angst vor beeinträchtigten Mietern!
- Unabhängiger Pflegestützpunkt als Entwicklungsschmiede!
- Ressourcenorientiertes Arbeiten
- In Betrieben interkulturelle Öffnung nach innen und außen



Regel-
maße
Nichtbarrierefrei

Expansive
offene
Website

mehr Platz
für freie Zugänge
aus Internet

Veränderung einer
Fächer-Kultur

Qualitäts-
Spenden
durchgeführt

10. Politik/Öffentlichkeit, Beteiligung

Quelle: ...

... können Menschen mit Behinderungen ihre Interessen besser durchsetzen ...

... ist die UN-Behindertenrechtskonvention ...

Grundlage für eine gleichberechtigte ...

... ist die UN-Behindertenrechtskonvention ...

Aufklärung für alle Menschen

Mehr Aufklärung für Behinderte, in Meinungsbildung und ...

... NUR AUTO ...

... Aufklärung und ...

Beteiligungsformen für ...

Plakate zu solchen Veranstaltungen ...

Digitale Medien, öffentliche Plattformen

Mehr Öffentlichkeit (Peer-to-Peer)

Radiowerbung und

Presseartikel

Gebärdensprache anbieten

Öffentlichkeitsgestaltung

Niedriger Empfang für Rollstuhlfahrer

Fehlpläne für Blinde

Selbst-Offenheit

Türen

Vereinfachte Sprache

Farbgestaltung für Gehörlose

Physische Einschränkung

Bildliche Präsentationen (Blinde)

Power-Point

Wenn ...

Bewusst werden von Menschen mit Defiziten

Mangelndes Problembewusstsein in Verwaltung ...

Durch Anonymität des Internets, Anbieter ...





verbndl. Fortbildung für Lehrkräfte mit Hospitanten!

Einsozialkompetenzentwicklung an Schulen durch Anprobieren

soziales Kompetenztraining für alle in den Schulen

Interdisziplinäre Zusammenarbeit an der Schule

Ausbildung alles ermöglichen TE, VE, mehrsprachig

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

Stärken stärken Schulen stärken

kleine Teams sind gut

gute Ausbildung verhindern

1. u. 2. Stufe

Eigenkompetenz der Schüler!!!

Interdisziplinäre Ausbildung für Lehrende

2. Bildung und Ausbildung

Interdisziplinäre Ausbildung für Lehrende

Eine Frage...?

Personenorientierte Förderung

das fördern...!

Bei Neubauten Fachleute mit einbeziehen! Beispiel: Austausch Geoinform.

mehr Förderlehrkräfte an die Regelschule

Interdisziplinäres Team aufbauen

Interdisziplinäre Teams bilden

mit Qualität arbeiten!

Wahlmöglichkeiten für K. in u. Schule erhalten

Interdisziplinäre Zusammenarbeit

7.

Gesundheit

ne
age...?

zu wenig
Therapieangebote
für Patienten mit
Bewegungsbehinderung

Keine ausreichende
Versorgung mit
Hilfsmitteln

wenig Fachkräfte
für zeitliche
Einkaufungen

Inkompetenz
von Ärzten

Eigene Familie
kann nicht helfen
z.B. nicht verfügbar

Keine barrierefreie
Arzt- und Behelfszentren

Scham und
Berührungsaengste

das
schränkt ein!

Zu wenig
Aufklärung in der
Gesellschaft

Finanzschränke
unkompetente
Krankenkassen

besonders
in der Stadt

... dass das nicht
immer ausreicht...

Angst vor fremden
Menschen

geringe Gesundheit

Die hier gezeigte Karte
muss nicht unbedingt
für alle gelten, aber
sie zeigt die
Probleme, die
in der Realität
auftreten.



Planung
Sozialraum

Einfach bei Politikern
anfangen!
Lassen wir mal diese
Klientel spüren, was
Behinderung bedeutet!
z.B. Blind

Idee

die...
den Fülle...
der...
die...
die...
die...

die...
die...
die...
die...
die...

die...
die...
die...
die...
die...

die...
die...
die...
die...
die...

aktivierte Pflege
Statt
passive Pflege

das
fördert...!

weniger Zeitaruck
mehr Zeit für
Empathie

- Offen durch
zusätzliche
Leistungen
- "Marketing"
Angebot des Nachfrage
Prozess
- Arbeit im
interdisziplinären
Team
mit Ergotherapeuten
- FUD =
Familien unterstützende
Dienst
- Durchlässigkeit zwischen
den Beteiligten
und einhergehend von
"unabhängig" zu "unabhängig"
- mehr Angebots
für behinderte
Menschen
- Umdenken / Umdenken
auch Leistungsträger werden
später Nutzen bringen
- Mehr Information
& Transparenz
in Angeboten und
Leistungen

6.

Pflege

ein
Fr